

Postulat Fraktion BDP/CVP (Edith Leibungut, CVP): Halloween darf nicht ausarten!

35 Meldungen sind bei der Polizei wegen Vandalismus und Sachbeschädigungen innerhalb einer einzigen Nacht eingegangen – an Halloween. Halloween hat entsprechend nicht nur gegeistert und gehext, er hat ganz einfach vielerorts gewütet. Das darf nicht sein.

Viele Erwachsene kaufen vor Halloween Süssigkeiten ein, um Kindern eine Freude zu bereiten und bezahlen ihre Grosszügigkeit zunehmend mit beträchtlichem Sachschaden an Gebäuden, Autos und sogar innerhalb der eigenen Wohnräume. Im Westen von Bern wurden ganze Quartierstrassen, Häuserfassaden und Autos mit Eiern und deren Schalen übersät. Megapackungen von Eiern lagen tags drauf achtlos am Strassenrand. Quartierbewohnerinnen und -bewohner beklagten sich über eierverschmierte Balkons, Fenster und Türen und einzelnen wurden die Eier beim Öffnen der Türe sogar in die Wohnung geworfen.

Dass immer mehr Erwachsene Ihre Gunst, welche sie den Kindern mit dem Verschenken von Süssigkeiten erweisen mit beträchtlichem Sachschaden begleichen müssen, geht eindeutig zu weit. Die Kinder müssen sich an die einfachsten Regeln halten können. Auch die Schulen sind gefordert, vor Halloween entsprechende Sensibilisierungsmassnahmen zu leisten.

Selbstverständlich sind aber die Eltern in erster Linie verantwortlich für ihre Kinder. Wer seinen Nachwuchs, ausgerüstet mit unzähligen Eierschachteln und Rasierschaumsprays an Halloween auf die Strasse lässt, kommt seiner Aufsichts- und Erziehungspflicht nicht nach. Denn klar ist, dass seine Kinder und Jugendlichen damit Sachschaden in der Öffentlichkeit aber auch bei Privaten anrichten werden.

Wenn der Gemeinderat jetzt nicht handelt, werden wir Jahr um Jahr ein noch grösseres Chaos auf unseren Strassen haben. Halloween soll Spass machen und nicht zu einem grossen Ärgernis verkommen. Beugen wir einer zunehmenden Verwilderung also durch entsprechende Massnahmen vor.

Damit es in Bern nicht wie in anderen Gemeinden, zu einem Verbot kommt, bitte ich den Gemeinderat, Massnahmen zu ergreifen, welche in Zukunft einen friedlichen Halloween garantieren.

Forderungen

Der Gemeinderat wird aufgefordert entsprechende verhältnismässige Massnahmen auszuarbeiten und durchzusetzen, welche Ausschreitungen, wie wir sie erlebt haben, in Zukunft verhindern.

1. Sensibilisierungsarbeit an Schulen
2. Sensibilisierungsmassnahmen bei den Eltern (Haftung für das Verhalten der Kinder)
3. Patrouillen in Quartieren in welchen Halloween erfahrungsgemäss wütet.

Bern, 12. November 2009

Postulat Fraktion BDP/CVP (Edith Leibungut, CVP), Beatrice Wertli, Ueli Jaisli, Kurt Hirsbrunner, Vinzenz Bartlome, Thomas Begert, Peter Wasserfallen, Thomas Weil, Manfred Blaser, Vania Kohli, Simon Glauser

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hält es wie die Postulantinnen und Postulanten für bedenklich, dass es anlässlich von Halloween zu immer mehr Polizeieinsätzen und strafbaren Handlungen kommt. Offenbar ist das Bewusstsein noch zu wenig vorhanden, dass bei vermeintlich „harmlosen“ Streichen Straftatbestände erfüllt werden und Schaden entsteht, für welchen auch die Eltern haften. Der Gemeinderat will deshalb die Eltern in diesem Bereich sensibilisieren.

Zu den Punkten 1 und 2:

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport wird zusammen mit der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie im Herbst 2010 die Eltern anschreiben. Ziel ist, dass die Eltern mit Hilfe eines mitgelieferten Flyers Halloween mit ihren Kindern thematisieren und respektlosem oder gar strafbarem Handeln vorbeugen. Zudem ist vorgesehen, Halloween in der September-Nummer des Informationsblatts "Die Schule" zu thematisieren.

Zu Punkt 3:

Gestützt auf zunehmende Meldungen über Vandalismus und Sachbeschädigungen an Halloween hat die Kantonspolizei Bern ihre Patrouillentätigkeit in den Quartieren der Stadt in der Nacht von Halloween bereits in den vergangenen Jahren erhöht. Die Kantonspolizei wird die Entwicklung aufmerksam weiterverfolgen und falls notwendig, weitere präventive Massnahmen einleiten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Es entstehen Kosten für Druck und Versand von Flyern im Umfang von rund Fr. 6 000.00.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 12. Mai 2010

Der Gemeinderat